

Neuerfindung des Sozialstaats

Erstes sozialpolitisches Forum in Husum

Am 25. Oktober 2005 fand im Husumer Handwerkerhaus das erste sozialpolitische Forum statt, das vom WASG-Kreisverband Nordfriesland organisiert wurde. Mitveranstalter waren die Linkspartei, die Ortsgruppe Husum des Sozialverbands Deutschland, der alleine in Schleswig-Holstein an die 90.000 Mitglieder hat, der Verein „Land in Sicht e.V.“, der im Auftrag des Kreises Menschen mit psychischer und/oder Suchterkrankung betreut sowie der Verein HEMPELS e.V., der das gleichnamige Straßenmagazin herausgibt und mit einer Auflage von ca. 15.000 Exemplaren in weiten Teilen Schleswig-Holsteins vertreibt. Und das Forum wurde zu einem vollen Erfolg, sehr zur Zufriedenheit der Veranstalter.

Sind wir Zeugen der Dekonstruktion, möglicherweise auch der Zerstörung des Wohlfahrtsstaates? „Ja“, meinte der Referent Richard Detje, Geschäftsführer von WISSENTTransfer, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitarbeiter des VSA-Verlages. Der Wohlfahrtsstaat ist ein politisches Produkt, das seine Hochphase in den frühen 1970er Jahren hatte und in der Nachkriegszeit Antworten auf zwei historische Ereignisse geben sollte: Auf die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 und auf den Faschismus. Die Lehren, die aus diesen Ereignissen gezogen wurden, lauteten erstens: Es bedarf einer aktiven Politik der Wirtschaftssteuerung, der Stimulierung von öffentlichen Investitionen und privater Nachfrage, damit sich Fehlfunktionen des Marktes nicht in Krisen und Massenarbeitslosigkeit entladen. Und zweitens: Eine demokratische Gesellschaft ist nur dann überlebensfähig, wenn die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit als Aufgabe der Politik angesehen wird.

Anhand von vier Thesen zeigte Richard Detje auf, wie der Sozialstaat zerstört wird:

1. Entgegen dem Versprechen von Peter Hartz – in drei Jahren die Arbeitslosigkeit von 4 Millionen auf 2 Millionen zu halbieren – haben wir knapp fünf Millionen erfasste Arbeitslose. Dazu wurde kein Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorgelegt – das Hartz-Papier enthielt keinen einzigen Vorschlag über Arbeitsplätze schaffende Investitionen. Stattdessen wurde eine umfassende „Flexibilisierung“ der Arbeit betrieben durch Ausweitung von geringfähigen Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs), durch Ausweitung von Leiharbeit und zur Ausweitung sog. kleiner Selbständigkeit (Ich AG). Der „Faktor Arbeit“ wurde somit deutlich billiger gemacht, neue Arbeitsplätze, sind nicht entstanden, auch nicht in den Dienstleistungsbereichen. Anders formuliert: Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Überteuering der Arbeit. Der Effekt besteht nun darin, dass die Ausweitung dieser Beschäftigungsverhältnisse auf Kosten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgt. Die ging seit 2002 um knapp 1,5 Million zurück. Ein Katastrophenprogramm für den Sozialstaat überall dort, wo reguläre Beschäftigung durch diese und andere Formen prekärer Beschäftigung ersetzt wird. Indem man in wachsendem Umfang Beschäftigung von der Sozialversicherungspflicht abkoppelt, subventioniert man Unternehmen auf eine Weise, die die Fundamente des Sozialstaats unterspült.
2. Das Clement-Papier hat es deutlich gemacht: Der Sozialstaat wird von Parasiten unterwandert. Doch mit dem Begriff des „Parasiten“ sind nicht jene Unternehmen belegt, die sich Mini-Jobs oder gar Ein-Euro-Jobs subventionieren lassen. Gemeint sind damit jene Langzeitarbeitslosen, denen die Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II weggestrichen wurde. Das Ziel der Maßnahme: Arbeitslosigkeit soll billiger werden, das Problem: Statt geplanter Ausgaben für das ALG II in Höhe von 14 Mrd. Euro belaufen sich die tatsächlichen Ausgaben auf 26 Mrd. Euro. Unter dem Strich werden aus Opfern Täter gemacht. Der beispielsweise vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband kritisierte Tatbestand, dass die Sozialhilfe – und abgeleitet das ALG II – um 19% angehoben werden müsste, um Armut zu verhindern (von 345 auf 412 Euro) – wird in eine Ausgrenzungspolitik umgebogen, die das Gegenteil von sozialer Integration und mehr noch von sozialer Gerechtigkeit ist. Soziale Leistungen werden gestrichen und stattdessen wird eine aberwitzige Überwachungsbürokratie ausgebaut. Auch das ist ein Beitrag zur Zerstörung des Sozialstaats.
3. Aus sozialem Fortschritt wird sozialer Abstieg. Zu sozialem Fortschritt gehört, dass wir heutzutage – hoffentlich gesund – mit einem höheren Lebensalter rechnen können. Doch schenkt man den Rentenexperten Glauben, fängt damit das Übel an: Während die Bevölkerung im Rentenalter anwächst, schmilzt die Zahl der Erwerbstätigen. Dieser demografische Faktor lässt Altersrentner in spätestens 15 bzw. 25 Jahren in eine katastrophale Altersarmut fallen. Denn in der Rentenformel wurde dieser demografische Faktor eingerechnet: das Nettorentenniveau wird von 67% auf 52,2% abgesenkt. Voraussetzung dafür ist, dass man 40 Jahre ununterbrochen gearbeitet und dabei immer das Durchschnittseinkommen verdient hat. All jene, für die das nicht zutrifft – und das ist die Mehrheit der Erwerbstätigen, landet in Armutsverhältnissen. Um eine Nettorente über

Sozialhilfe zu bekommen, musste man bisher als Durchschnittsverdiener 27 Jahre arbeiten; im Jahre 2030 muss man 32 Jahre gearbeitet haben. Die Gesetzliche Rentenversicherung wird für eine zweistelligen Millionenanzahl von Versicherten zu einer Armutsfürsorge. Vielleicht mehr noch als die Arbeitslosigkeit zerstört das den Sozialstaat.

4. Die USA sind ein Beispiel für die ruinösen Charakter eines weitgehend privaten Gesundheitssystems. Es gehört – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zu den teuersten Systemen weltweit und es produziert extrem gespaltene Leistungen: Exzellente in der Spitzenforschung und –versorgung, katastrophale Unter- und Fehlversorgung in allen anderen Bereichen. Doch exakt die schrittweise Privatisierung ist Kennzeichen der Gesundheitspolitik hierzulande. Allerdings nicht auf Kosten der Unternehmen, sondern auf Kosten der Versicherten. Allein mit 1,75 Mrd. Euro schlägt die private Finanzierung des Zahnersatzes zu Buche, mit 5 Mrd., Euro die alleinige Finanzierung des Krankengeldes durch die Versicherten, von der die Unternehmen entlastet wurden. Wer eine Politik der Privatisierung des Gesundheitssystems betreibt, zerstört in der Konsequenz den Sozialstaat.

Nach diesem überzeugenden Referat ging es in die Diskussion. Die bundesweiten Thesen, die Richard Detje so kraftvoll vorgetragen hatte, ließ nur einen Schluss zu: Unser Sozialstaat wird zurzeit systematisch zerstört. Es ist höchste Zeit etwas dagegen zu unternehmen. Schnell wurde die Thematik auf Schleswig-Holstein und auch auf Nordfriesland heruntergebrochen. Dabei wurde klar, dass sich die Teilnehmer des Forums gerne weiter beraten und gegen diese systematische Zerstörung angehen würden. Der Kreisverband Nordfriesland der WASG bekam den klaren Auftrag regelmäßige Foren zu organisieren und zwar in größerer Runde. Mittlerweile haben bereits mehrere freie Träger verlauten lassen, dass sie zu solchen Gesprächsrunden gerne dazu stoßen würden. Auch sie sehen die Notwendigkeit gegen die aktuelle Sparpolitik vorzugehen und ein Programm zu erarbeiten, dass die Probleme vor Ort bekämpft.

Alles in allem war die Veranstaltung trotz des mäßigen Besuches ein voller Erfolg, die ganz sicher wiederholt wird. WASG-intern hat der Kreisverband Nordfriesland zu einer „AG Soziales“ für den 15.11.05 um 19 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle eingeladen. Diese Arbeitsgruppe möchte gerne den Bereich Soziales programmatisch und auf Schleswig-Holstein zugeschnitten bearbeiten und somit dem Landesvorstand zuarbeiten. Interessent melden sich bitte in der Kreisgeschäftsstelle oder mailen an wasg.kv-nf.tr@web.de oder melden sich in der Geschäftsstelle des Landesverbandes.

Thomas Repp